

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgepaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 201.

Donnerstag, den 28. August 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Die badischen Landtagswahlen.

Von Dr. Ludwig Frank.

Als im Jahre 1904 nach schweren langen Kämpfen das direkte Wahlrecht für den badischen Landtag errungen worden war, hoffte das Zentrum, endlich am Ziel seiner Wünsche zu sein und die Mehrheit in der Zweiten Kammer erobern zu können. Die Bevölkerung des Landes ist etwa zu 2/3 katholisch, und die Nationalliberalen hatten in ihrer Jahrzehnte dauernden, fast unbeschränkten Herrschaft den Liberalismus in Mißkredit gebracht. Bei den ersten Wahlen, die nach der Verfassungsänderung stattfanden, im Oktober 1905, gelang es in der Tat den Liberalen, schon im ersten Wahlgang 28 von 73 Sitzen zu holen. Aber jetzt geschah das Unerwartete. Die Nationalliberalen überwandten ihre Abneigung gegen die Arbeiter und ihre Furcht vor der Revolution und schlossen sich mit der bürgerlichen und sozialistischen Demokratie zu einem Bündnis für den zweiten Wahlgang zusammen. Dies war der Anfang des sogenannten „Großblocks“. Der Erfolg war durchschlagend. Die Schwarzblauen konnten keinen einzigen Bezirk mehr erobern, die Gefahr einer Zentrumsmehrheit war abgefallen. Der gleiche Vorgang wiederholte sich 4 Jahre später, und es war damals sogar möglich, dem Zentrum zwei Sitze abzunehmen, so daß der Bestzustand der einzelnen Parteien jetzt der folgende ist:

Nationalliberale Partei	17
Fortschrittliche Volkspartei	7
Sozialdemokratische Partei	20
Zusammen	44
Zentrum	26
Konservative Partei	2
Bund der Landwirte	1
Zusammen	29

Im Laufe der Jahre entwickelte sich aus dem taktischen Zusammengehen auch eine gewisse Arbeitsgemeinschaft im Parlament. Wichtige Gesetze auf den verschiedensten Gebieten kamen so zustande und brachten manche Fortschritte. Es seien nur genannt die Gemeinde- und Städteordnung, das Schulgesetz, die Errichtung des staatlichen Kraftwerks im Schwarzwald. Daß die neue Mehrheit arbeitsfähig war, hatte das Zentrum nicht erwartet. Seine Enttäuschung darüber verriet sich in Ausbrüchen von törichter Wut.

Die ganze Politik des Zentrums und seiner konservativen Anhängel drehte sich deshalb seit Jahren darum, den verhassten „Großblock“ zu sprengen. Dieses Ziel glaubte das Zentrum früher am besten dadurch zu erreichen, daß es die Sozialdemokraten bei den Wahlen gegen die Liberalen unterstützte. So wurden 1905 und 1909 durch das Zentrum freiwillig die sozialistischen Kandidaten in Lahr, Eberbach, Karlsruhe und an anderen Orten gewählt. Als sich dieses Mittel nicht bewährte, versuchte das Zentrum auf der anderen Seite beizukommen. Es proklamierte die Gemeinschaft des Bürgertums gegen die Arbeiterschaft, es predigte die Sammelpolitik und den Kampf gegen die Sozialdemokratie. Der Plan, den es dabei verfolgte, war von einer plumpen Schläuheit und leicht zu durchschauen. In jenen Kreisen, in denen die rechtsstehenden Parteien selbst keine Aussichten haben, versprach das Zentrum, ohne Gegenleistung jeden Gegner der Sozialdemokratie zu unterstützen. Auf diese Weise hoffte man, den Sozialdemokraten ein halbes Duzend Sitze zu rauben und den Liberalen zuzuführen. Die gewünschte Folge wäre gewesen, daß die sozialdemokratischen Massen verärgert worden wären und sich geweigert hätten, im zweiten Wahlgang mit den Liberalen gegen das Zentrum ein Abkommen zu treffen und zu halten.

Die edle Absicht wurde aber rechtzeitig erkannt und durchkreuzt. Zwar wurde davon abgesehen, schon für den ersten Wahlgang, wie es von einigen Seiten vorgeschlagen war, den Großblock zu vereinbaren. Auf diese äußerste Maßregel wurde aus Gründen der Situation im Lande verzichtet. Aber durch andere Beschlüsse wurde doch dafür gesorgt, daß die Bäume der Reaktion nicht in den Himmel wachsen. In fünf bedrohten Kreisen verpflichteten sich die Liberalen, doppelt aufzustellen, damit die Entscheidung nicht schon im ersten Wahlgang fallen kann, auch wenn das Zentrum seine unerbetene Hilfe leistet. Das Abkommen für den zweiten Wahlgang wurde von den drei Linksparteien grundsätzlich jetzt schon abgeschlossen und von den auf den gleichen Tag einberufenen Landesparteitagen einmütig gebilligt.

In ohnmächtiger Erbitterung geht jetzt die schwarze Presse dazu über, mit den erbärmlichsten Mitteln Rache

zu üben an denjenigen Führern, denen sie die Schuld an dieser Entwicklung beimessen will. Während die sozialistischen Abgeordneten bei den Massen als „Hofgänger“ angeklagt werden, um gegen sie Mißtrauen zu erwecken, suchen die Zentrumszeitungen den Geheimen Hofrat Rebmann und andere national-liberale Führer bei der Regierung zu denunzieren. Obwohl jahrzehntelang in Baden das Zentrum mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache gemacht hat, schämt es sich nicht, jetzt den Großherzog und seine Minister scharf zu machen gegen diejenigen Beamten, die nach ehrlicher Ueberzeugung, wenn die Umstände es erfordern, auch mit den Vertretern der Arbeiterschaft Politik zu machen wagen. Dabei hat noch vor wenigen Jahren der Zentrumschef Wacker öffentlich in sehr scharfer Weise das freie Staatsbürgerrecht und Wahlrecht der Beamten verteidigt und für sie in Anspruch genommen, auch sozialdemokratisch wählen zu dürfen.

Dieser heuchlerische Feldzug des Zentrums gegen die staatsbürgerliche Freiheit dient aber nur dazu, Tausenden die Augen zu öffnen über die wahre Natur der Liberalen, die durch demokratisch klingende Redensarten manchen Arbeiter zu täuschen verstanden haben.

Die badischen Wahlen werden am 23. Oktober dieses Jahres stattfinden. Die Arbeit, die uns bevorsteht, wird schwer sein, aber wir hoffen zuversichtlich, zu siegen. Es wäre ein Unglück für die politische Entwicklung im Reich, wenn nach Bayern, Württemberg und Elsaß nun auch Baden eine rückwärtliche Mehrheit bekäme. Die Erkenntnis, daß die Bedeutung der Wahl über unsere Landesgrenzen hinausreicht, wird unsern Eifer und die Opferwilligkeit der Parteigenossen verdoppeln.

Vor unliebsamen Ueberraschungen sind wir allerdings nicht unbedingt gesichert. In mehreren Bezirken versucht jetzt das Zentrum „rechtsliberale“ „Großblock“-gegner aufzutreiben, die sich als Kandidaten gegen ihre eigene liberale Partei benutzen lassen. Diese Spekulation auf die Charakterlosigkeit wird sicherlich im ganzen mißlingen. Aber es ist doch nicht ausgeschlossen, daß durch solche skrupellose, den Wahlkampf auf das tiefste Niveau herabzerrende Mittel an manchen Orten eine künstliche Verwirrung geschaffen wird, die ungünstig wirken kann.

## Politische Rundschau

Deutschland.

Die Regierung und die Konservativen.

Im neuheldnischen „Reichsbote“ wird wieder einmal der Ruin des Reiches verkündet, wenn es den Konservativen nicht gelingen sollte, die Regierung wieder zur Vernunft zu bringen. In stiller Sehnsucht gedenkt das Blatt des Fürsten Bismarck, der bereit gewesen ist, das Reichstagswahlrecht zu zertrümmern, der insbesondere entschlossen war, an einem scharfen Sozialistengesetz festzuhalten. Was ist aus der Staatskunst Bismarcks unter seinen Nachfolgern geworden — so ruft entsetzt und entrüstet zugleich der Artikelschreiber des frommen „Reichsboten“ aus!

Es fiel unter Caprivi bereits das Sozialistengesetz, es fiel unter Fürst Bülow die Diätenlosigkeit, welche die Herausbildung eines zünftigen, von Staatsmitteln bezahlten Demagogentums verhindern sollte. Von der Einführung des öffentlichen Wahlverfahrens, in welchem Bismarck ein sehr starkes Gegengewicht gegen das gleiche Wahlrecht gesehen hatte, war man so weit entfernt, daß man durch das bekannte „Klosetzgesetz“ die Heimlichkeit noch mit besonderen Garantien umgeben zu müssen glaubte. Gefallen ist nun endlich auch in diesem Jahre der freilich schon durch Einführung einer Reichserbschaftsteuer für Seitenverwandte durch Herrn v. Bülow durchlöcherter Grundsat, daß die direkten Steuern den Einzelstaaten verbleiben müßten, um ihnen ein kraftvolles, durch ausgiebige Steuerquellen ermöglichtes Sonderleben zu gestatten. Statt auf Mittel zu finnen, wie man die Gefahren des allgemeinen gleichen Reichstagswahlrechtes einschränken könnte, hat die Regierung ungekehrt an dem Wahlrechte des wichtigsten deutschen Staates, Preußen, gerüttelt. Ja sie hat das Schlimmste getan, was sie zur Diskreditierung des preußischen Wahlrechtes tun konnte, indem sie die elsäß-lothringische Verfassung mit dem allgemeinen gleichen Stimmrechte schuf. Endlich hat man unter Herrn v. Bülow durch ein sogenanntes freies Vereinsgesetz die polnische und sozialdemokratische Agitation in gefährlicher Weise erleichtert.

Dieser Weg, so versichert der „Reichsbote“ muß zum parlamentarischen System führen und damit wäre der Ruin des Reiches besiegelt. „So kann es nicht weitergehen, die Konservativen allein sind es, denen die Zu-

kunft des Reiches am Herzen liegt.“ Mit diesem Trost muß sich der „Reichsbote“ allerdings vorläufig begnügen, denn tief betrübt konstatiert er, daß die Konfessionen momentan nicht Regierungspartei sein könnten.

Kleine Schulen aber große — Mäuler.

Ein guter Freund der „Fr. Ztg.“ hat sich das Waagüngen gemacht, an der Hand der reichsstatistischen Erhebungen einmal gegenüber zu stellen, wie groß die Leistung an Einkommensteuern der agrarischen Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern und Posen ist, und wieviel Staatszuschuß für das Schulwesen in jene Provinzen fließt. Das dabei herausgekommene Resultat ist außerordentlich lehrreich. Sehen wir es uns einmal genauer an:

Ostpreußen brachte eine Summe von rund 6,4 Millionen Mark durch Einkommensteuern auf, der Staat leistete im gleichen Jahre (1911/12) an Beihilfen für die ostpreussischen Volksschulen 12,5 Millionen Mark, das sind 195 Prozent der Einkommensteuer dieser patriotisch-agrarischen Provinz! Westpreußen bekam 155 Proz. seiner Leistungen — Pommern 121 und Posen 154 Proz. — an Einkommensteuer in Form von Volksschulbeihilfen zurück!

Die richtige Farbe bekommt das Bild aber erst, wenn man erfährt, daß z. B. die Stadt Berlin gerade rund — ein Prozent von dem an Volksschulbeihilfen zurückbekommt, was sie als Einkommensteuer geleistet hat, daß die Rheinprovinz und Westfalen nur 23 und 37 Proz. ihrer Steuerleistung auf diese Art gewissermaßen wieder bekommen!

Nun muß man aber noch fragen: wieviel mal müßten die agrarischen Provinzen ihre eigentümlich niedrigen Einkommensteuerleistungen vom Staate zurückvergütet bekommen, wenn sie solche Schulen hätten, wie die Großstädte in Deutschland? Das wäre tatsächlich ungefähr daselbe Verhältnis, wie das zwischen der agrarischen Schulherrlichkeit und den junkerlichen Revolvermäulern, das ist nämlich überhaupt nicht vergleichbar wegen des unheimlichen Durchmessers der konservativen Schreißlöcher!

Krupp im Hause Ehrhardt.

Während des Kruppskandal, und auch sonst, wenn von der standalösen Monopolmacht Krupps gesprochen wurde oder gesprochen wird, erscheint stets ein Name wie eine gewisse Hoffnung: Ehrhardt. Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik Düsseldorf, A.-G., deren Leitung in den Händen Ehrhardts liegt, wird stets als die einzige nennenswerte wenn auch arg bedrängte Konkurrenz der Monopolfirma Krupp genannt. Tatsächlich hat in den vergangenen Jahren doch hin und wieder die Energie Ehrhardts es verstanden, bei der deutschen Reichsregierung mit Kriegsmateriallieferungen sich durchzusetzen. Es handelte sich dabei stets um Aufträge, die bei gleicher Qualität wie die von Krupp, mehr oder weniger wesentlich billiger waren. Heute muß man aber mit großem Bedauern aussprechen, daß die Konkurrenz von Krupp nun noch in sehr bedingtem Sinne als solche bezeichnet werden kann!

Es ist ein schon offenes Geheimnis, daß an der Berliner Börse schon vor Jahren im Auftrage von Krupp viele Aktien der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik angekauft worden sind! Jede Aktie gilt aber in der Generalversammlung der Aktionäre — und diese entscheidet letzten Endes über die Geschichte einer Firma — als eine Stimme! Tatsächlich ist in der vor kurzem zusammenberufenen Generalversammlung der Firma Ehrhardt durch die Opposition der vier von Krupp geschickten Vertreter der Plan vereitelt worden, die finanziell geschwächte Firma Ehrhardt kräftig zu stützen. Das war verhältnismäßig einfach, die vier Herren, die jeder für sich ein anständiges Aktienbündel und damit Stimmen in der Tasche hatten, brauchten nur immer dann mit Nein zu stimmen, wenn die Verwaltung der Rheinischen Metallwarenfabrik um ein Ja bat. Damit war die Kruppsche Macht und Entscheidung besiegelt! Heute kann Ehrhardt nur gerettet werden, wenn er verstaatlicht wird. Die Rüstungsindustrie darf aber nicht verstaatlicht werden, weil sonst ja ein großer Teil der Kriegshökereien aufhört.

Offiziere als Weinhändler.

Die Handelskammer in Trier hat sich vor einigen Monaten mit einer Beschwerde an den Reichstag gewandt, daß Trierer Offizierkasinos einen schwunghaften Weinhandel betreiben. In der Antwort auf diese Beschwerde hatte das Kriegsministerium mitgeteilt, daß ein entsprechender Erlaß, der bereits 1890 an alle Generalkommandos ergangen ist, nunmehr erneut in Erinnerung gebracht worden sei. Das scheint aber nicht viel













